



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/9 - 11.1.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Berlin ist nicht dabei	<i>Schuman-Plan</i>	S. 1
Bologna brachte keine Klärung		S. 3
Zur großen Debatte im Bundestag	<i>Schuman-Plan</i>	S. 5
USA bauen Propaganda-Apparat aus		S. 6

## Nach der Schlacht

Von Fritz Erler, M.d.B.

Die dreitägige Schlacht um den Schuman-Plan im Bundestag ist zuende. Das Parlament hat die Ratifizierung beschlossen. Endlich hat die deutsche Öffentlichkeit einer gründlichen Erörterung aller Konsequenzen des Vertrages beigewohnt. Der Propagandaschleier ist zerrissen. Gegen die von den sozialdemokratischen Sprechern angeführten harten Tatsachen blieben den Verteidigern des Planes schließlich nur das Beschwören der europäischen Idee und die Hoffnung auf den angeblich guten Geist des Vertrages.

In der leider noch für lange Zeit andauernden Mangellage wird die Kohle statt von der Ruhrbehörde von der Hohen Behörde verteilt. Zerschlagung von Verbundwirtschaft und Deutschem Kohleverkauf sind französische Voraussetzungen für den Vertrag. Mit der Lenkung der Kohle und der Verhinderung der Fremdfinanzierung kann die Hohe Behörde den Wiederaufbau der deutschen Stahlindustrie behindern.

Berlin ist im Vertrag vergessen. Über den innerdeutschen Handel mit der Sowjetzone entscheidet die Hohe Behörde mit. Die

Saar erscheint als Teil des französischen Wirtschaftsgebietes und der französischen Delegation in der Versammlung. Die Hohe Behörde unterliegt keiner echten demokratischen Kontrolle. Der Vertrag bindet das Schicksal unserer Wirtschaft auf fünfzig Jahre. Er wird unter der Drohung geschlossen, daß sonst das Besatzungsregime unverändert bleibe. Das ist das Gegenteil europäischen Geistes.

Die Weiche nach Europa ist falsch gestellt. Nur unter freien Partnern und zum Vorteile aller kann es echte europäische Gemeinschaft geben. Die französische Kammerdebatte hat die sozialdemokratischen Einwände voll bestätigt und die wahren Vertragsziele so grell beleuchtet, daß kein Entkräftungsversuch gelang.

Was nun? Der Bundestag hat den Gesetzentwurf über die Mitwirkung von Ländervertretern abgelehnt. Das kann noch ernste Konsequenzen für die Behandlung des Vertrages im Bundesrat haben. Der Französische Rat der Republik, Belgien, Italien und Luxemburg haben noch nicht ratifiziert. Noch ist also das letzte Wort nicht gesprochen, obwohl die gesetzte Frist am 18. Oktober 1951 ablief.

Der Kanzler betrachtet, wie die Westalliierten, den Schuman-Plan als ersten Schritt eines "Integrationswerkes", dessen nächste der Generalvertrag mit den Zusatzabkommen, der Verteidigungsbeitrag und die Europa-Armee zu sein hätten. Die Bundesrepublik darf sich nicht wieder unter Zeitdruck setzen lassen. Wenn anderwärts Zeit für Regierungskrisen ist, sollte sie Zeit für reifliche Überlegung und gründliche Verhandlung - und u.B. auch für einen anständigen deutschen Vertragstext - haben.

Die Auseinandersetzungen um die kommenden Verträge versprechen, wesentlich härter - und offener - zu werden. Heute schon ist sichtbar, daß die Widerstände in der Regierungskoalition gegen das Konzept des Kanzlers über den Verteidigungsbeitrag nicht unerheblich sind. Der Kanzler wünscht angeblich eine gemeinsame deutsche Außenpolitik. Dann hat er vor allem die Pflicht, für eine saubere Unterrichtung der deutschen Öffentlichkeit über die Gesamtheit der Probleme und für die Mitwirkung der Opposition vor dem Zustandekommen der Entscheidungen zu sorgen. Die Politik der vollendeten Tatsachen muß endlich ein Ende haben. Leider wird sie erst zuende sein, wenn ein anderer Bundestag mit anderer Mehrheit und einen anderen Kanzler bringt.

Sackgasse in Bologna

v. sch. Bologna, Anfang Januar

Es würde nur zum Teil der Wahrheit entsprechen, wenn man von dem Parteitag der italienischen Sozialdemokraten, der hier soeben zu Ende gegangen ist, sagen könnte, es habe dort weder Sieger noch Besiegte gegeben. Keine Sieger, gewiß. Aber nur Besiegte: Denn die neue vereinigte Partei ist aus ihrem ersten Kongreß mit verringertem Ansehen hervorgegangen.

Diese Konferenz hätte den Millionen von potenziellen sozialdemokratischen Wählern, die sich bisher in das kommunistische, das halbkommunistische oder das christlich-demokratische Lager verirrt haben und nun, enttäuscht und angewidert, ihren Weg suchen, eine klare konstruktive Richtlinie unter einer festen Führung aufzeigen können und sollen. Sie hat genau das gegenteilige Ergebnis gehabt. Sie hat in eine Sackgasse geführt. Vier getrennte Hauptrichtungen traten mit eigenen politischen Resolutionen und eigenen Kandidatenlisten für die Wahlen des neuen Vorstandes auf. Und obwohl die Unterschiede zwischen diesen Entwürfen hinsichtlich der wichtigsten innen- und außenpolitischen Probleme aus ihrem Wortlaut nicht leicht zu erkennen waren, blieb es bei dieser Trennung bis zur endgültigen Abstimmung am fünften Kongrestag.

Der rechte Flügel bedauert heute noch, daß man im vergangenen Frühjahr der Einigung zuliebe aus der Regierungskoalition ausgeschieden ist, bestreitet aber, daß er eine baldige Rückkehr für zweckmäßig halte. Dennoch ging aus den Ausführungen seiner Redner deutlich hervor, daß er diese Rückkehr noch vor den Wahlen, also noch vor Ablauf des neuen Jahres, als geboten ansieht, und er bekämpfte alle Vorschläge, die eine solche Entwicklung erschweren könnten. Der linke Flügel bestand aus drei Gruppen: Eine kleine äußerste Linke, die nur aus der schärfsten Opposition gegen die Regierung den Aufschwung der Partei durch die Gewinnung von Arbeitern aus dem kommunistischen oder halb-kommunistischen Lager erhofft; eine starke Linksrichtung, die zwar ähnlich denkt, aber es in milderer Form ausdrückt; und ein "linkes Zentrum" unter

Führung von Romita, der zwar ebenfalls "links" redet, aber alle Türen für die Zukunft offen halten will, einschließlich jener, die ins Kabinett zurückführen.

Als Führer des "rechten Zentrums", das aus den Provinzialkongressen als die unzweifelhaft stärkste Richtung hervorgegangen war, befand sich Saragat in einer schwierigen Lage. Die verschiedenen Linksrichtungen setzten ihn unter Druck, damit er sich mit ihnen verschmelze und den rechten Flügel endgültig isoliere. Als es aber dann klar wurde, daß eine solche Einigung nach links mit politischen Bedingungen verknüpft werden sollte, die jede Verständigungsmöglichkeit mit den übrigen demokratischen Parteien auch bei den künftigen Wahlen und selbst in einer gefährlichen außen- oder innenpolitischen Krise von vornherein verhindert hätte, zog er im letzten Augenblick seine Zusage zurück.

Darüber war die Linke empört und in einer dramatischen letzten Stunde des Parteitages tauchte abermals das Gespenst der Spaltung auf. In dieser Situation erwies sich der schlaue Romita als ein verantwortungsbewußter Staatsmann. Er zog es vor, nun auch seinerseits die Verschmelzung der linken Gruppen abzulehnen, und stellte sich mit seiner Richtung ebenfalls selbständig der Schlußabstimmung.

Das Ergebnis ist ein neuer Vorstand, in dem Romita und seine Freunde mit vier Sitzen das Zünglein an der Waage bilden werden. Von den 21 Sitzen in der Parteileitung wird Saragat über sechs und die Rechten über vier verfügen; die Linke über fünf und die äußerste Linke über zwei. Da sich Romita selber als "links" betrachtet, hat jetzt die gesamte Linke theoretisch elf von den 21 Sitzen, aber er dürfte gelegentlich das Gewicht seiner vier Stimmen eher Saragat und der Rechten leihen, wenn es gilt, allzu radikale Beschlüsse zu vermeiden, die die Einheit der Partei gefährden könnten.

Typisch für die Verstärkung der radikaleren Tendenzen in der Partei war die Tatsache, daß der Vorschlag Saragats, den Namen der Partei in "Sozialdemokratische Partei Italiens" umzunennen und sich damit endgültig von der rein kommunistischen linkssozialistischen Nenni-Partei zu distanzieren, auf stärksten Widerstand stieß und schließlich nur mit 123000 gegen 116000 Stimmen gebilligt wurde. Unter Berufung auf die Tradition der italienischen Arbeiterbewegung, die einen solchen Namen nicht kenne und auf die Vorurteile, die die kommunistische Propaganda unter den italienischen Arbeitern gegen das Wort "Sozialdemokratie" gepflanzt habe, wehrte sich die Linke verzweifelt gegen diese neue Bezeichnung.

Die Mehrheitsverhältnisse in der neuen Parteileitung sind so unsicher, daß anstatt der erhofften Klärung nur noch größere Verwirrung in die politische Lage des Landes getragen worden ist. Und wenn sogar führende Kreise innerhalb und außerhalb der italienischen Sozialdemokratie zugeben müssen, daß sie die Ergebnisse von Bologna nicht verstehen, wie sollen diese Ergebnisse erst auf die breiten Massen wirken, die klare Forderungen von diesem Parteitag und eine befreiende Alternative von dem bisherigen Dilemma "Kreml oder Kirche?" sehnsüchtig erwarteten?

Geschichtliche Dokumentation

Nach ihrem Umfang war die zweite und dritte Lesung des Schuman-Plans eine fast gigantisch zu nennende Angelegenheit. Drei Tage lang wurden Argumente über Argumente - vorzugsweise von der Opposition, die in der Offensive stand - zu allen Sachgebieten zusammengetragen. Annähernd zwei Dutzend Redner traten auf. Hier soll aber nicht näher auf den Inhalt des Für und Wider eingegangen werden, sondern nur kurz auf den Rahmen der Diskussion, der im Parlament selbst unter Abgeordneten, Journalisten und Zuschauern viel besprochen wurde.

Dabei hörte man Einwände, die immer wieder auftauchten. Besonders als in der Donnerstag-Sitzung die Beratungen sich von vormittags um 1/2 10 Uhr bis anderen Morgen 5 Uhr früh hinauszogen: Die Diskussion versande ohne Resonanz, sehr wichtige Reden würden, zumal da ein weiterer Beratungstag angesetzt war, so gut wie völlig unter den Tisch fallen, die Argumente seien im wesentlichen nicht neu und könnten bei feststehenden Fronten höchstens eine erfreulich formulierte Bestätigung des eigenen Standpunktes und vielleicht eine gewisse Beunruhigung beim Gegner, kaum aber eine Änderung des nun einmal bestehenden Kräfteverhältnisses bringen. Sehr viel Lebenswerter Fleiß sei vergeblich aufgewandt worden und durch die vorher bekanntgewordene Thementaufteilung sei auch der letzte schwache Rest der Möglichkeit, zu Rede und Gegenrede zu kommen, geschwunden.

Diese Betrachtungsweise trifft nicht den Kern der Dinge. Einmal werden damit Einwände erhoben, die mehr oder weniger für jede parlamentarische Auseinandersetzung gelten. Gewiß - die Voraussetzungen für eine wirksame publizistische Auswertung dieser bedeutungsvollsten politischen Debatte im bisherigen Dasein des Bundestages waren diesmal besonders schlecht - das Angebot war, wenn man so sagen will, zu groß und auf eine zu kurze Zeit zusammengedrängt. Das aber war nicht die Schuld der Sozialdemokratischen Partei, die

durchaus mit einer weniger komprimierten Erledigung der Materie einverstanden wäre, ja die immer wieder darauf gedrängt hatte. Für die Sozialdemokratische Partei aber war es andererseits entscheidend wichtig, daß sie vor der allein zuständigen Körperschaft endlich einmal Gelegenheit bekam, in breitester Ausführlichkeit alle ihre Gründe gegen den Schuman-Plan auf seinen zahlreichen einzelnen Sachgebieten darzulegen. Die SPD muß - leider - der Auffassung sein, daß künftig noch unzählige Male der Streit um Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit des Schuman-Planes im einzelnen wird ausgetragen werden müssen. Es wird für sie dann von größtem Wert sein, daß sie auf diese Dokumentation von wissenschaftlicher Gründlichkeit verweisen kann, um eigene Behauptungen und Feststellungen zu belegen, gegnerische Entstellungen und Verdächtigungen zu widerlegen.

Neben der Notwendigkeit der gegenwärtigen Einwirkungen auf die allgemeine Meinungsbildung mag dieser Gesichtspunkt auf den ersten Blick zweitrangig erscheinen. In Wirklichkeit hat er außerordentliches Gewicht für den ganzen Zeitraum, in dem der Schuman-Plan politische und wirtschaftliche Praxis sein wird, ja darüber hinaus.

+ + +

#### Propaganda ist nicht alles

A-ler. Propaganda vermag viel. Das hat, zum Schaden unseres Volkes, der gerissenste aller Propaganda-Künstler, Griebels, überreichlich bewiesen. Aber sie vermag nicht alles. Sie vermag auf die Dauer die Kluft zwischen Wirklichkeit und Schein, zwischen Lüge und Wahrheit nicht zu verwischen. Daran ist das Dritte Reich innerlich zerbrochen. Wenn es auch nicht ganz stimmen mag, daß sich eine gute Sache von selbst durchsetzt - ein bißchen Nachhilfe ist schon notwendig - so kann die Propaganda die gute Sache doch nicht ersetzen, ja, erfolgt sie im Übermaß, stiftet sie mehr Schaden als Nutzen.

Die USA sind gegenwärtig dabei, das größte Propaganda-Büro

außerhalb ihres Landes in der Bundesrepublik zu errichten. Von 15 Schlüsselpositionen aus wird es in West-Deutschland USA-Propaganda betreiben. Mit der Unterstützung von Acheson sollen Ideen und Ideale, die die Vereinigten Staaten in sechseinhalbjähriger Besatzungszeit versucht haben, in Deutschland durchzusetzen, gefestigt werden. Weder die Engländer noch die Franzosen, bemerken mit echtem Yankee-Stolz die "New York Times", haben das Geld und die Neigung, eine so große Propaganda-Organisation in der Bundesrepublik zu unterhalten. Aus diesem Grunde allein würde dann während der Periode, in der die "quasi - unabhängige" Bundesrepublik ihre Gehversuche macht, der USA-Einfluß an erster Stelle stehen.

Welch ein naiver Optimismus ... Als ob Sympathie und Freundschaft, gegenseitiges Verstehen und Verstehenwollen von der Menge bedruckten und bebilderten Papiers und von der Größe des Geldbetrages abhängen, der dafür ausgeworfen wird. Wir beneiden nicht die USA-Propagandisten um ihre so wohl-dotierte Aufgabe. Sie werden es ohnehin ungemein schwer haben, den Deutschen der Bundesrepublik alle Wechselfälle und Zicksack-Kurse der USA-Deutschlandpolitik zu erklären: Von der bedingungslosen Kapitulation über das Verbot der letzten Jagdflinte bis zur angestrebten deutschen Wiederaufrüstung.

Einen wohlgemeinten Rat möchten wir geben: Die USA-Propaganda würde ihren Zweck verfehlen, wenn sie auf die Unterstützung und Förderung jener deutschen Politiker hinausliefe, die, aus irgendwelchen Gründen immer, alle Schwankungen der amerikanischen Deutschlandpolitik mitmachen und mitmachen. Das Schicksal Tschiang-Kai-scheks und seines Regimes sollte abschrecken. Ihn rettete kein Dollarsegen. Zur Gewinnung eines Volkes gehören schon mehr als prall gefüllte Geldbeutel und mit allem Prunk eingerichtete Propagandabüros. Überzeugender wirkt die Aufrichtigkeit der eigenen Handlungen. Nicht immer standen bei den Deutschland-Beschlüssen Washingtons Weisheit und Einsicht Pate. Auch amerikanische Staatsmänner können irren - und sie haben sich schon recht häufig geirrt. Es kommt auf die gute Politik an, auf Taten, und nicht auf ein propagandistisches Trommelfeuer, das die Vorstellungen eines Volkes über ein anderes Volk bestimmt.